

nären, kann man daraus gut ein jugendkulturelles Lifestyle-Programm stricken. Und genau das machen Nazis auch: Sie verdienen Geld mit Bekleidung, Accessoires, mit Musik verschiedener Richtungen bis hin zum Esoterischen. Viele von ihnen sind auch Biobauern geworden, betreiben Tauschringe oder veranstalten Mittelalterspektakel. Es ist ein Markt entstanden mit Herstellern, Händlern und natürlich Konsumenten. Fast überall gibt es Nazibands. Liedermacher ziehen durchs Land. Eltern sind sie auch geworden und engagieren sich in der Schule, dem Kindergarten oder der Beratungsgruppe für Hartz IV-Empfänger. Auch auf politischen Feldern wie dem Umwelt- und Kinderschutz, dem Erhalt der ländlichen Infrastruktur oder im Internet sind sie äußerst aktiv. An vielen Demonstrationen zu diesen Themen neh-

men sie teil oder organisieren sie gleich selbst. Bernd Wagner, Leiter des Aussteigerprojektes »exit« sprach in diesem Zusammenhang bereits Mitte der 90er Jahre von einem Phänomen einer kulturellen Subversion, als eine Art sozialer Bewegung aus dem Rechtsextremismus heraus. In Ost wie in West. Ob die NPD dabei nun verboten wird oder nicht. Der Rechtsextremismus hat sich festgebissen. Als ganzes oder in Elementen.

Deutschland steht noch am Anfang seiner Demokratiegeschichte. Verglichen mit der Katastrophe, die Holocaust und Krieg ausgelöst haben, ist diese Geschichte jung. Will Deutschland das »Naziproblem« aber nicht erst in 100 Jahren loswerden, ist ordentlich was zu tun. Fangen wir an bei der unbedingten Gleichwertigkeit. Ohne Wenn und Aber. ■

Wolfgang Thierse

Zwischenruf: Sich vom Anstand faszinieren lassen

Wie dem Rechtsextremismus begegnet werden kann

Wolfgang Thierse

(* 1943) war von 1998 bis 2005 Präsident des Deutschen Bundestages, seit 2005 ist er Vizepräsident. Er ist zudem Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie.

wolfgang.thierse@bundestag.de



Die Nachrichten über die rechtsterroristische Mordserie haben eine Welle des Erschreckens hervorgerufen, gefolgt von öffentlicher Erschütterung, Entrüstung, Empörung. Das Entsetzen ist nicht überraschend, vielmehr eine gleichermaßen natürliche wie verständliche menschliche Reaktion angesichts der Brutalität und Kaltblütigkeit der sogenannten Zwickauer Terrorzelle. Erstaunlich ist jedoch

das Erstaunen, das in mancher öffentlichen Äußerung zum Ausdruck kommt. Wer das politische und gesellschaftliche Geschehen in Deutschland in den vergangenen zwei Jahrzehnten aufmerksam verfolgt hat, der kann über das Ausmaß menschenverachtender Mordlust entsetzt, aber nicht wirklich überrascht sein. Zehn Menschen fielen den Rechtsterroristen zum Opfer. In den letzten 20 Jahren aber gab es bereits über 150 Todesopfer rechtsextremer Gewalt! Wer das nicht sah, der wollte es nicht sehen.

Spätestens die Pogrome von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen 1991/92 und die Mordanschläge von Mölln und Solingen 1992/93 ließen erkennen, dass wir es mit einer neuen Form und einem gesteigerten Ausmaß rechtsextremer Aggression

zu tun haben. Als ich damals die Bilder der tagelangen Ausschreitungen gegenüber Ausländern in Hoyerswerda und Rostock sah, ging mir ganz unwillkürlich durch den Kopf: »Werden da die alten, braunen Geister wieder wach? Dies kann, dies darf nicht der Preis der Deutschen Einheit sein!« Es ist dieser bestürzende Zusammenhang zwischen dem erfahrenen Glück der friedlichen Revolution, der Wiedervereinigung und dem Wiederaufleben, dem grellen Sichtbarwerden eines aggressiveren Rechtsextremismus, der mich seither bewegt.

Ein kurzer Rückblick

In meiner Zeit als Bundestagspräsident habe ich versucht, Ansehen und Gewicht dieses Amtes für eine gesellschaftliche Sensibilisierung gegenüber der rechten Gefahr einzusetzen. Deshalb bin ich von 1998 bis 2005 in zahlreiche Hochburgen rechter Gewalt gereist, vor allem in Ostdeutschland, aber auch in westdeutschen Bundesländern. Vor diesen Reisen konnte ich mir nicht vorstellen, was ich erleben würde. Ich hatte keinen Begriff von dem Ausmaß an Angst, das bereits erreicht war. Es war mir unvorstellbar, dass junge Leute nicht mehr wagten, in bestimmte Teile einer Stadt zu gehen oder einen Jugendklub zu besuchen. Zur Alltagsrealität vieler gehörte, dass sie in ihren Dörfern oder Stadtteilen immer stärker mit rechtsextremer Alltagskultur konfrontiert waren. Natürlich kannte ich vorher Zahlen und Berichte. Aber es ist ein Unterschied, ob man etwas abstrakt weiß oder ob einem junge Menschen erzählen, wo sie überall nicht hingehen können, weil sie dann verprügelt werden.

Die Gespräche mit Opfern von Gewalt, vor allem mit von ihrer Angst gelähmten Jugendlichen, zeigten mir damals eindrücklich: Wo Bomberjacke und Springerstiefel der vorherrschende Kleidungsstil sind, reichen die »falschen« Klamotten und ei-

ne »falsche« Hautfarbe aus, um »draufzuschlagen«. Es gibt wirklich, was die Rechts-extremen großtönend »national befreite Zonen« nennen. Vor Ort betrachtet kann das heißen: Stadtquartiere, in denen rechte Schläger jede Verschiedenartigkeit unterdrücken, in denen Neonazis ihre Ideologie und ihre »subkulturellen Errungenschaften« zur »Leitkultur« erklären, in denen andere nur unter Angst leben können. Schon in den ersten Gesprächen erfuhr ich, was mir in den folgenden Jahren Betroffene, Opfer, Lehrer, Pädagogen und Kommunalpolitiker seitdem immer wieder bestätigen: Die Polizei kommt oft sehr spät, nicht selten zu spät zum Tatort, Zeugenaussagen werden teilweise gar nicht oder nur unzureichend aufgenommen, Prozesse gegen die Gewalttäter werden viele Monate später geführt, die Strafen selbst für Körperverletzungen fallen erstaunlich gering aus. Aber das Schlimmste ist: Viele Übergriffe werden aus Angst oder Resignation gar nicht erst angezeigt. Die Angst ist berechtigt und die Resignation verständlich: Aber das ist offenkundig die falsche Antwort.

Dominantes, aggressives Auftreten, falsch artikulierte Ansprüche der rechten Szene auf den öffentlichen Raum auf der einen Seite, eine Mischung aus Wegsehen und Verharmlosen durch Kommunalpolitik und städtische Verantwortliche auf der anderen Seite – beides zusammen hat vielerorts eine düstere Situation erzeugt, eine Atmosphäre aus Angst und Apathie, eine Un-Kultur des Verschweigens, Verharmlosens, Vertuschens. Demokratische Verhältnisse können vor Ort rasch kippen, wenn sich eine rechtsextreme und zumeist gewaltbereite Szene eine dominierende Stellung erkämpft und dieser völlig inakzeptable Zustand von den Verantwortlichen zudem noch verdrängt wird. Dies geschieht – menschlich verständlich, gleichwohl falsch – nicht selten aus der Angst heraus, eine offene und ehrliche Diskussion über das Problem könnte der eigenen Gemein-

de, der Stadt den Ruf einer rechtsextremen Hochburg einbringen.

Gleichzeitig werden oft jene, die sich für ein friedliches Miteinander einsetzen und sich gegen die menschenverachtende Ideologie der Rechtsextremen stellen, nicht ernst genommen, nicht selten sogar angefeindet und als »Nestbeschmutzer« diffamiert. Dabei ist gerade das Engagement der Bürger notwendig und vielversprechend bei der Bekämpfung und Zurückdrängung bereits etablierter rechtsextremer Strukturen auf lokaler Ebene. Hierfür braucht es alltäglichen demokratischen Anstand, vielfältige Initiativen von Schülern, Lehrern, Jugendarbeitern, Bürgermeistern und Kommunalpolitikern, von engagierten Bürgern, die sich gegen eine rechtsextreme Alltagskultur wehren und sich vor Ort für demokratische und kulturelle Vielfalt einsetzen.

Was heute zu tun ist

Die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus haben in den vergangenen zehn Jahren dazu beigetragen, dass mittlerweile eine bunte und lebendige Landschaft von Initiativen und Projekten für eine demokratische Kultur entstanden ist. Diese Strukturen gilt es zu erhalten und auszubauen. Der Aufbau eines sogenannten bundesweiten, zentralen Informations- und Kompetenzzentrums, einer weiteren staatlichen Einrichtung zur Verwaltung zivilgesellschaftlichen Engagements, leistet hierfür keinen Beitrag. Die von Rechtsextremen geschaffenen Angsträume müssen vor Ort bekämpft werden.

Ich sehe sechs Punkte, die zügig umzusetzen wären. Erstens eine Verstärkung der Projektförderung, um angesammelte Kompetenz, Erfahrung und Expertise nicht am Ende jeder Förderphase versanden zu lassen – etwa durch die Errichtung einer dauerhaft arbeitenden und fördernden Bundesstiftung. Zweitens die Stärkung der

mobilen Beratungsteams, die sich in der flexiblen und raschen Krisenintervention bewährt haben. Drittens erleichterte Regelungen bei der Kofinanzierung und viertens größere Selbstständigkeit der Initiativen bei der Antragstellung, da sie derzeit teilweise vom Willen oder Unwillen ihrer Kommunen abhängig sind. Fünftens Vertrauen, also insbesondere die Abschaffung der Extremismusklausel, die Menschen vor Bekenntniszwang und Gesinnungsschnüflei stellt. Und sechstens: Wir brauchen eine kontinuierliche wissenschaftliche Berichterstattung über rechtsextreme Einstellungen und Aktivitäten in Deutschland, wie sie der Deutsche Bundestag 2008 für den Bereich des Antisemitismus bereits initiiert hat. Wir müssen die Erscheinungsformen, Strukturen, Mechanismen und Wirkungsweisen rechtsextremer Einstellungen begreifen, um zu erkennen, wie Ausgrenzung und Gewalt bis hin zur systematischen Vernichtung semantisch, symbolisch, mental vorbereitet werden, ehe sie sich sozial und politisch manifestieren. Dieses Wissen ist von elementarer Bedeutung, wenn wir den sprichwörtlichen Anfängen wehren wollen.

Wir erleben regelmäßig öffentliches Entsetzen, wenn sich gerade wieder etwas Schreckliches ereignet hat, wenn rechtsextreme Jugendliche Ausländer zu Tode hetzen, wenn Neonazis Obdachlose totschlagen, wenn eine barbarische Bande mordend durchs Land zieht. Dann berichten die Medien rund um die Uhr, dann wird nervös und beinahe hysterisch nach Ursachen geforscht. Und wir erleben allzu oft, dass das öffentliche Interesse nach kurzer Zeit wieder erlahmt. Diese Zyklen medialer und politischer Konjunktur gilt es zu durchbrechen, denn das Problem des Rechtsextremismus ist nicht ein punktuelles, sondern ein dauerhaftes. Wir müssen die falsche Faszination durch Gewalttäter und Gewalttaten überwinden und uns faszinieren lassen von dem ganz normalen alltäglichen Anstand der Bürger.

Dazu gehört auch: die andauernde und ernstgemeinte Ermunterung zu Engagement.

Und der Bundestag? Unser Parlament sollte in jeder Legislaturperiode in einer großen Debatte den Zustand der Gesellschaft und Strategien gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus diskutieren. Dazu sollte die Bundesregierung

jeweils einen Bericht vorlegen. So könnte eine dauerhafte und fundierte politische Auseinandersetzung durch Parlament und Regierung mit der rechtsextremen Gefahr etabliert werden. Die blassen Vokabeln Kontinuität und Nachhaltigkeit könnten und sollten gerade bei dieser politisch-moralischen Herausforderung Kraft und demokratische Farbe gewinnen! ■

Timo Reinfrank

Zivilgesellschaft vor Ort

Was sich bei der Unterstützung von Initiativen gegen rechts ändern muss

Nach der Aufdeckung der jahrelangen Mordserie des NSU ist die Bundesregierung in hektische Aktivität verfallen. Neue Gesetze, Abwehr- und Kompetenzzentren sollen nun die Fehler der Vergangenheit kompensieren. Dabei beobachten die zivilgesellschaftlichen Initiativen seit Jahren eine Kontinuität im rechtsextremen Alltagsterror, werden aber in ihrer Arbeit oft allein gelassen. Unser Autor fordert daher mehr Unterstützung, Anerkennung und Schutz für die Engagierten gegen Rechts vor Ort.

Nach dem wiederholten Einzug der NPD 2011 in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern (mit 6 % der Stimmen) hatte der SPD-Politiker und Sprecher der AG »Strategien gegen Rechts« im Bundestag, Sönke Rix, vorgeschlagen, stärker vor Ort aktiv zu werden und die Neonazis künftig noch mehr mit deren eigenen Mitteln zu schlagen. Er wollte überall dort, wo die NPD ein Bürgerbüro aufmacht, mit gezielten Gegenangeboten reagieren und Präsenz zeigen. Dafür könne er sich auch Unterstützung von außen vorstellen.

Die Reaktion folgte umgehend. Initiativen aus Mecklenburg-Vorpommern verbatene sich mit deutlichen Worten eine Einmischung von außen. Aus ihrer Sicht hilft es allein, die bestehenden Initiativen arbeiten zu lassen. Eine weitere Diskussion über Unterstützungsangebote und die Ursachen des wiederholten Einzuges in



Timo Reinfrank

(* 1973) ist Politikwissenschaftlicher und Stiftungskoordinator der Amadeu Antonio Stiftung. Seit 2006 ist er auch Vorsitzender des Vereins für demokratische Kultur, dem Trägerverein der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin.

Timo.Reinfrank@amadeu-antonio-stiftung.de

den Landtag wurde damit abgeblockt. Der Schweriner Regierungschef Erwin Sellering tat das übrige dazu, indem er indirekt die westdeutschen Bundesländer für den Wiedereinzug der NPD verantwortlich machte, da diese einem NPD-Verbot nicht zustimmen wollten. Eine ähnliche Reaktion war auch bei der Selbstenttarnung des »Nationalsozialistischen Untergrundes« zu beobachten. Trotz noch andauernder Ursachenanalyse über die notwendige Auseinandersetzung mit Rassismus präsen-